

## Dringlicher Antrag

in der Gemeinderatssitzung vom **19.01.2022**

eingbracht von GR Mag. Philipp Pointner

### **Betreff: Transparenz von Politiker:innen-Reisen**

Weltweit versuchen Regime durch gezielte Partnerschaften und Freundschaftseinladungen die Entscheidungsfindung von Politiker:innen zu beeinflussen. Dabei handelt es sich klar um Korruption. Als Beispiel dafür sei auf den neuesten Korruptionsskandal im EU-Parlament verwiesen. In diesem hat Katar mehrere EU-Abgeordnete eingeladen, um sie in ihrer Willensbildung und Gesetzgebung zu beeinflussen. (<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eu-belgischer-abgeordneter-tarabella-raeumt-einladung-von-qatar-ein-18604821.html>)

Das EU-Parlament hat daraufhin schnell reagiert und erst vor wenigen Tagen Vorschläge präsentiert, wie zukünftig diese Korruption verhindert werden soll. Einer dieser Vorschläge ist die Offenlegung aller Reisen und etwaiger Förderungen, die Politiker:innen von Dritten für diese Reisen erhalten. (<https://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/6239141/Metsola-verspricht-Kampf-gegen-Korruption-im-EUParlament>) Diese Maßnahme gibt den Bürger:Innen die Möglichkeit zu erfahren, wohin ihre gewählten Vertreter:innen reisen und vor welchem Hintergrund diese Reisen stehen.

Wenn solch Reisetätigkeiten von Politiker:innen von lokalen regimetreuen Institutionen bzw. Organisationen gefördert werden, damit unter dem Deckmantel von "Bildungsreisen" zweifelhafte politische Ideologien transferiert werden können, gilt es auch in Graz geeignete Transparenzmaßnahmen zu schaffen. Als Anlassfall sind die erst unlängst bekanntgewordenen Reisen von KPÖ-Politiker:innen nach Nordkorea, aber auch die bereits zuvor bekanntgewordene Reise derselben in den von pro-russischen Separatisten besetzten Donbass anzuführen.

Dabei ist festzuhalten, dass Reisen zu menschenverachtenden und mörderischen Regimen kein Kavaliersdelikt, sondern eine moralisch zutiefst bedenkliche und aus Sicht der Menschenrechtsstadt Graz unverantwortbare Grenzüberschreitung darstellt. Zusätzlich werden so Ansehen und politische Integrität der Stadt Graz und ihrer Mandatar:innen nachhaltig geschädigt.

Genauso, wie es sich alle Europäer:innen verdienen, über die Reisetätigkeit ihrer Abgeordneten im EU-Parlament informiert zu werden, verdienen es sich die Grazer:innen, über die Reisetätigkeit ihrer Gemeinderät:innen, Stadträt:innen und Bezirksvorsteher:innen umgehend informiert zu werden und den Hintergrund dieser Reisen zu erfahren.

Die Grazer:Innen müssen sich selbst eine Bild machen können, welche Reisen auf wessen Einladung die gewählten Politiker:innen ins EWR-Ausland unternehmen. Der versteckten Beeinflussung der Grazer Politik durch die Reisetätigkeit mancher Mandatar:innen muss ein Riegel vorgeschoben

werden. Darum braucht es umgehend eine Transparenzinitiative in Graz, ähnlich jener im EU-Parlament und deshalb stelle ich folgenden

### **dringlichen Antrag**

**Der Grazer Gemeinderat fordert die zuständigen Stellen der Stadt Graz auf, eine verpflichtende Meldung von Reisen sowie eine Offenlegung jeglicher Förderungen für Reisen außerhalb des EWR-Raumes für die Mitglieder des Grazer Gemeinderates, Stadtsenates und des Bezirksvorstandes zu prüfen.**

**Nach erfolgter Prüfung ist dem Gemeinderat ein Bericht darüber vorzulegen.**